

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **24. Oktober 2017** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.15** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Jürgen Stober**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **18** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Detlef Hofmann (V)
Dorothea Hansis, Dr. (V)

Schriftführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht**
Rechnungsamtsleiter Axel Grether
Bauamtsleiterin Patricia Arnold

Zu TOP 1:
Gartenbauamt, Stadt Karlsruhe: Birgit Widmann

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **10.10.2017** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **12.10.2017** ortsüblich
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen
Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Eingangs begrüßt der Vorsitzende die zahlreich erschienenen Zuhörenden im Sitzungssaal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt FDP-Fraktionsvorsitzender Ortschaftsrat Dieter König einen Antrag zur Geschäftsordnung und überbringt dem Leiter der Hauptverwaltung, Achim Weinbrecht, die Glückwünsche des Ortschaftsrates zu dessen Wahl als Ortsvorsteher von Neureut durch den städtischen Gemeinderat. Weinbrecht sei vom Gemeinderat in großer Anzahl ohne Gegenstimmen gewählt worden, so Dieter König. Dies stelle nicht nur eine Anerkennung von Herrn Achim Weinbrecht dar sondern auch eine Anerkennung und Wertschätzung des Gemeinderates an das Amt des Ortsvorstehers. Denn Alle wüssten, dass große Aufgaben auf ihn zukommen werden, meint Ortschaftsrat Dieter König. Bei der Verabschiedung des derzeitigen Ortsvorstehers bzw. Einführung von Achim Weinbrecht werde Raum sein, darauf nochmals einzugehen.

Er gratuliert - unter Beifall des Ortschaftsrates - nochmals ganz herzlich Achim Weinbrecht.

**Zu Punkt 1 der T.O.: Nordfriedhof Neureut
hier: Vorstellung der Planung für den künftigen
„Hermann-Meinzer-Park“
mündlicher Vortrag**

Zu diesem TOP heißt der Vorsitzende Birgit Widmann vom Gartenbauamt der Stadt Karlsruhe sehr herzlich willkommen.

Einleitend erinnert der Vorsitzende daran, dass sich der Ortschaftsrat bereits seit vielen Jahren mit Überlegungen zur Neu – und Umgestaltung des ehemaligen Nordfriedhofes in eine ansprechende Parkanlage beschäftige, nicht zuletzt auch als Verbindung vom alten Ortskern mit der Kirche hin zur Straßenbahnlinie, die Neureut mit der Stadt verbinde. Der ehemalige Nordfriedhof aus dem Jahre 1865 sei heute 152 Jahre alt. In den Jahren 1925 und 1959 sei die Anlage zwar noch erweitert worden, aber mit der Eröffnung des Neureuter Hauptfriedhofes 1964 reduzierten sich die Bestattungen zunehmend. Die letzten Bestattungen fanden in den 90-er Jahren in bereits bestehenden Gräber des Friedhofes statt. Das letzte Nutzungsrecht endete im Jahr 2014. Aufbauend auf den bisherigen studentischen Planüberlegungen aus dem Jahr 2010 sollen nun die vom Gartenbauamt der Stadt Karlsruhe weiter vertieften Überlegungen einer endgültigen Umsetzung zugeführt werden.

In ihrer Power-Point-Präsentation zeigt Birgit Widmann auf, dass wichtige Funktionen wie Wegeverbindung, die Kriegsgräber sowie die Friedhofsmauer erhalten bleiben und um weitere Funktionen wie beispielsweise Spazieren und Naherholung, Liegewiese, Spielen, Aktivitäten sowie Sport ergänzt werden sollen.

Entlang der Friedhofsmauer werden die erhaltenswerten Grabsteine angeordnet.

Die Verbindung zwischen dem alten Ortskern und dem öffentlichen Personennahverkehr soll mit dem neuen Park gestärkt werden. Künftig können die Bürger auf zwei befestigten Wegen mit barrierefreien Zugängen zur Straßenbahn kommen.

Im Zentrum - in der leicht erhöhten, rechteckigen Platzfläche - die von Bäumen umrahmt wird, werden Natursteinquader als Sitzmöglichkeiten dienen, um somit auch den dort vorhandenen Höhenunterschied von 2,7 Metern zu überwinden. Hier könne auch eine Wasserfläche (Brunnen, Wassertisch) installiert sein, flankiert von Staudenpflanzen. Denkbar sei, künftig zudem einen Bücherschrank zu installieren. Vorgesehen ist ebenso, einen Spielplatz und Fitnessangebote einzurichten.

Entlang der Alten Friedrichstraße wird eine doppelte Baumreihe als transparente Raumkante den Parkbereich abgrenzen.

Dagegen sollen die Ahornbäume an den Kriegsgräbern, da manche unter ihnen nicht zukunftsfähig seien, gefällt werden. Abgeschlossen wird der Bereich mit einer Holz-Stahl-Konstruktion als Sichtschutz, die auf die Friedhofsmauer aufgesetzt werden soll. An den Kriegsgräbern ist vorgesehen, links und rechts Wege einzubauen und eine 70 cm hohe Eibenhecke zu pflanzen.

Sehr angetan zeigt sich **CDU-Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** von der vorgestellten Planung. Die verschiedenen Elemente, wie die Verbindung des oberen und unteren Teils des Platzes, seien sehr gelungen. Sehr wichtig sei auch die Erhaltung und Einbindung der Kriegsgräber, die dadurch ihre Wertigkeit erhalten. Und auch der vorgesehene Spiel- bzw. Fitnessbereich sei gelungen. Ebenfalls sei die Abgrenzung durch Böschungen und Bäume, die beispielsweise der Alten Friedrichstraße ein sehr schönes Bild verleihen, sehr schön. Insgesamt sei die Aufnahme der bei den Ausschussberatungen von den Politikern gemachten Vorschläge erfreulich.

Für die **SPD** schließt sich **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** den Ausführungen ihres Vorredners an und meint, der Vorschlag zur Umgestaltung

gefalle sehr gut. Es kommen einige Bäume dazu, daher sei der Verlust der Ahornbäume eher zu verkraften. Man freue sich auf die Umsetzung.

Auch **Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt** unterstreicht, dass Vieles bereits in ihrem Sinne gesagt wurde und möchte wissen, ob eine Umwidmungszeremonie geplant sei, da es sich beim ehemaligen Nordfriedhof ja um ein religiöses, für manche sogar heiliges Feld handle?

Dazu weist der Vorsitzende hin, die neugestaltete Anlage werde der Bevölkerung übergeben und in diesem Zug auch der alte Friedhof abgeschlossen werde.

Hinsichtlich der zu fällenden Bäume macht Dr. Stephanie Hugenschmidt, wie bereits in der Ausschusssitzung deutlich, dass diese für die Grünen sehr viele seien und man darüber nochmals sprechen wolle. Sie fragt in diesem Zusammenhang nach dem Stammumfang der Bäume. Sie wolle einen Rohdungsplan erstellen lassen, so Birgit Widmann, obwohl sich das Gartenbauamt das Fällen der Bäume nicht genehmigen lassen müsse, betont sie. Dabei werde man auch sehen, welche Bäume unter der Baumschutzverordnung stehen und welche nicht. Man werde dies, wie bereits auch bei den Beratungen gesagt, kritisch angehen. Es bestehe jetzt die Möglichkeit, das Gelände neu zu ordnen und sich von dem Bestand, der nicht zukunftsfähig sei, zu trennen.

Der Ortschaftsrat habe schon frühzeitig beschlossen, den Nordfriedhof nach Ablauf der Nutzungsrechte in einen Park umzuwandeln, so **Fraktionsvorsitzender Dieter König** für die **FDP**. Dabei erinnert er auch an die Überlegungen von Studenten, die unter Umständen an den Rändern eine Bebauung mit Zweifamilienhäusern vorsahen. Auch er dankt dafür, dass bei der Planung die Vorstellungen des Ortschaftsrates bei den Ausschusssitzungen aufgenommen und umgesetzt wurden. Auf Anregung von Altortschaftsrat Klaus Merz habe der Ortschaftsrat beschlossen, den in eine Parkanlage umgestalteten Nordfriedhof nach dem ehemaligen Neureuter Bürgermeister Hermann Meinzer zu benennen. Damit werde dessen Lebensleistung für die damals selbständige Gemeinde Neureut anerkannt und gewürdigt. Die Neureuter werden mit dem Park und den Baumreihen eine „grüne Lunge“ erhalten, die zukünftig für ein frisches Kleinklima Sorge.

Der sensible Bereich der Kriegsgräber werde durch Baumreihen und Sträucher geschützt und so von den allgemeinen Aktivitäten abgeschirmt. Er wiederholt nochmals den Wunsch, im zentralen Bereich, einen „Freischach“ – wie im Schlossgarten - anzubieten.

Dazu erinnert der Vorsitzende, man habe sich verständigt, dies noch abzuwarten. Man solle das Thema jedoch nicht aus den Augen verlieren, so Dieter König.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat stimmt bei einer Enthaltung der vorgestellten Planung Nordfriedhof Neureut, künftiger „Hermann Meinzer-Park“, zu.

Zu Punkt 2 der T.O.: **Verkehrskonzept für Neureut
hier: Antrag der CDU-Ortschaftsratsfraktion vom
11.07.2017 und mündliche Anträge der SPD- und FDP-
Ortschaftsratsfraktion
schriftliche Vorlage Nr. 50/2017**

Eingangs sagt der Vorsitzende, die CDU-Ortschaftsratsfraktion habe die Überlegungen zur Schaffung neuer Wohngebiete im Zuge des Rahmenplanes Neues Zentrum III. Abschnitt und die Anbindung der geplanten 2. Rheinbrücke an die B 36 zum Anlass genommen, für Neureut ein Verkehrskonzept zu fordern, um insbesondere für die jetzt schon schwer belastete Welschneureuter Straße, den Klammweg und die Straße Am Wald sowie alle angrenzenden Straßen eine langfristig akzeptable Lösung zu finden.

Im Hinblick auf den zwischenzeitlich ergangenen Planfeststellungsbeschluss des Regierungspräsidiums Karlsruhe haben sich auch die Fraktionen der SPD und der FDP zu Wort gemeldet und ebenfalls Anträge zur Erarbeitung von Planüberlegungen ausgesprochen, da die absehbare Entwicklung für die betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht zugemutet werden können. Enorme Verunsicherung innerhalb der Bürgerschaft, so der Vorsitzende weiter, habe der Hinweis an die Planungsträger hervorgerufen, anstelle eines Anschlusses der 2. Rheinbrücke an die Südtangente alternativ einen Anschluss an die B 36 vorzusehen, um sobald wie möglich eine Entlastung für die in Spitzenstunden überlastete westliche Südtangente zu erreichen. Fakt sei zunächst jedoch, dass der Planfeststellungsbeschluss den rund 1700 Meter langen Abschnitt auf baden- württembergischer Seite von der Rheinmitte bis zur B 10- Anschlussstelle westlich von Knielingen vorsehe. Insoweit werden noch zahlreiche grundlegende Gespräche geführt werden müssen.

Es seien neue Wohnflächen/Bauflächen in Neureut zu erwarten, so **CDU-Ortschaftsrat Herbert Böllinger** zum Antrag seiner Fraktion. Und auch in der

Nordstadt entstehe ein Wohn- und Gewerbegebiet mit mehreren tausend Bewohnern. Dies allein werde zu erheblichen Mehrbelastungen durch Verkehr in Neureut führen, insbesondere in den bereits genannten Straßen. Das allein sei schlimm genug, aber man habe nun noch die 2. Rheinstraßenbrücke zu befürchten. Es sei damit zu rechnen, dass die Brücke komme und an die B 36 angeschlossen werde, weist er auf die jüngsten Entwicklungen hin.

Dabei sei, wie bereits bei der öffentlichen Veranstaltung zum Rahmenplan im April in der Badnerlandhalle vom Sachverständigen Wammetsberger vom Ingenieurbüro für Verkehrswesen Köhler und Leutwein dargestellt, und zwischenzeitlich von weiteren Gutachten belegt, bereits durch die vorgesehene bauliche Entwicklung Neureuts von einer deutlichen Mehrbelastung durch Verkehr auszugehen, vor allem Welschneureuter Straße, Klammweg, Am Wald, Alter Postweg und angrenzende Straßen. Diese Bereiche sind bereits heute schwer belastet, es gehe um das Wohl der Neureuter Bürger.

Man habe zwar Verständnis für diejenigen, die im Stau stehen, aber auch ein Verständnis, dass Neureuter Bürger vor zunehmenden Verkehr geschützt werden. Jetzt seien die städtischen Planer gefordert, denn nun komme vermutlich in naher Zukunft etwas auf Neureut zu, so Böllinger.

Zudem erinnert er daran, dass der Ortschaftsrat 2005 in einer gemeinsamen Resolution einstimmig die Verantwortlichen aufgerufen haben, alle bisherigen Pläne einer Nordtangente auf Neureuter Gemarkung und für eine 2. Rheinbrücke bei Knielingen ad acta zulegen und eine Trassenführung nördlich der Wohngebiete von Neureut und Knielingen zu erhandeln. Diese Resolution sei nicht berücksichtigt worden und jetzt habe man das Problem, dass Verkehr auf Neureut „zurolle“. Dem müsse jetzt vorgebeugt werden. Wenn jetzt Planungen und Konzepte aufgenommen und entwickelt werden, sei dies vorausschauend und dies sollte unbedingt vom Ortschaftsrat in Angriff genommen werden, betont er.

Ihre Fraktion unterstütze den Antrag, unterstreicht **Vorsitzende Barbara Rohrhuber** für die **SPD**. Die Verkehrsbelastung der Welschneureuter Straße und des Klammweges beschäftige auch sie sehr. Schon jetzt sei die Durchgangsstraßensituation hier unbefriedigend. Es liege die Schule direkt daran, wobei man hier jetzt wenigstens Tempo 30 habe. Und dann existiere noch der Bahnübergang, wo es täglich zu Rückstaus in den Hauptverkehrszeiten komme. Außerdem gebe es einen Fahrradweg mitten auf der Straße, wo die Fahrradfahrer durchaus gefährlich lebten. Zunehmend werde auch Schwerlastverkehr erwartet,

wenn der Anschluss an die B 36 erfolge. Es sei sinnvoll, dies rechtzeitig anzugehen. Und vielleicht sei auch die Trassenführung der Anbindung an die B 36 noch zu beeinflussen, damit diese nicht unmittelbar auf die Welschneureuter Straße geführt werde, meinte sie im Hinblick auf Überlegungen von Ortschaftsrat Klaus Bluck. Deshalb sei es gut, dies frühzeitig zu versuchen, in die richtigen Bahnen zu lenken.

Für die **Grünen** signalisiert **Vorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt**, dass auch sie den Antrag unterstützten und darüber froh seien, dass er gestellt wurde. Die Relevanz sei sehr wichtig. Wenn man bedenke, was bereits die Baustellensituation in Neureut Süd B 36 für Auswirkungen hatte, erinnert sie. Dies sei ein kleiner Warnschuss gewesen und es sei absolut wichtig, an dieses Thema ranzugehen. Ortschaftsrat Klaus Bluck habe bereits Gespräche aufgenommen, dies im Ortschaftsrat zu behandeln, um möglichst schnell zu einer guten Konzeption zu kommen. Man solle sich aktiv in die Konzeption mit einbringen, da der Ortschaftsrat die Neureuter Verhältnisse am besten kenne, fordert sie.

Ebenso meint **FDP-Fraktionsvorsitzender Dieter König**, seine Partei unterstütze den Antrag. Man hätte es sich gewünscht, dass die 2. Rheinbrücke nördlich von Neureut komme. Fakt sei aber nun, die Rheinbrücke würde so kommen, wie sie im Planfeststellungsverfahren enthalten sei und es werde eine Anbindung an die B 36 kommen. Damit werde zwangsläufig Mehrverkehr auf Neureut zukommen.

Jetzt gehe es darum, die städtischen Verkehrsplaner zu beauftragen, ein Verkehrskonzept zu erstellen, um den Mehrverkehr um Neureut herumzuleiten. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die bereits genannten Straßen zu entlasten. Vorstellbar sei eine zwangsweise Umleitung über die B 36/Querspange/Linkenheimer Landstraße, zudem müsse ein vierspuriger Ausbau der B 36/B35 bis zur Autobahnanschlussstelle Bruchsal und ein Ausbau der L 604 Hagsfelder Weg kommen, schlägt er für seine Fraktion vor. Hier seien die Verkehrsplaner gefordert. Man wolle Durchgangsverkehr auf der Welschneureuter Straße mit drastischen Mitteln verhindern. Es müsse rechtzeitig Vorsorge getroffen werden, damit Neureut nicht belastet werde.

Man brauche die 2. Rheinbrücke und die Anbindung, betont er. Allerdings müsse man dafür Sorge tragen, dass ein Verkehrskonzept auf den Tisch komme, das alle möglichen Szenarien berücksichtige, meint er auch im Hinblick auf Unfälle, Staus und Sperrungen. Zwingend sei, es dürfe keine Mehrbelastung der Welschneureuter Straße geben, untermauert König.

Ortschaftsrat Klaus Bluck unterstreicht ebenfalls, der Antrag der CDU und der anderen Parteien sei richtig und wichtig. Wenn die Anbindung komme, habe Neureut ein riesiges Problem. Diese Anbindung an die Rheinbrücke und B 36 sei der Einstieg in die Nordtangente und was dann folgen könne, sei deutlich mehr. Das Problem komme von der Forderung einer 2. Rheinbrücke 1,2 km nördlich der bestehenden und der damit folgenden Anbindung an die B 36.

Er wolle mit einer gemeinsamen Erklärung des Ortschaftsrates, wie dies bereits 2005 geschehen, Schritt eins vor dem zweiten Schritt machen, schlägt Bluck vor, nämlich für eine Ersatzbrücke. Diese stelle eine Möglichkeit dar, ohne eine zusätzliche Brücke zu realisieren, leistungsfähig ohne eine zusätzliche Anbindung zu sein. Denn nur die Anbindung an die B 36 stelle dieses Problem dar, was es mit einer Ersatzbrücke nicht gebe. Es existieren bereits Überlegungen von der Stadt, die Planerin ist, den Anschluss in die Bereiche Sudetenstraße/Klärwerk/B 36 Neureut Süd zu legen. Alle drei Möglichkeiten stellen für Neureut ein riesiges Problem dar.

Dagegen müsse sich Neureut massiv wehren. Ein Option wäre, den Anschluss an anderer Stelle zu bringen, nämlich an die B 36 Anschluss Neureut Nord, denn dort gebe es alle Verkehrsverbindungen, die man brauche, unter anderem die Querspange, Verbindung zur Innenstadt etc., was im Süden nicht vorhanden sei. Wenn im Süden der Anschluss erfolge, werde der Verkehr immer durch Neureut fließen und der Ruf nach einer Nordtangente werde ganz schnell wieder ganz laut werden, befürchtet Bluck.

In Zusammenfassung der Diskussion verweist der Ortschaftsrat - auf Anregung von Ortsvorsteher Jürgen Stober - die Thematik in den Technischen Ausschuss zur weiteren Behandlung. Dabei möchten die Politiker und Politikerinnen zunächst mit den zuständigen Verkehrsplanern bzw. Fachämtern die Thematik beraten und danach wiederum die Öffentlichkeit informieren.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat verweist einstimmig das Thema zur Beratung in den Technischen Ausschuss.

**Zu Punkt 3 der T.O.: Sachbeschädigungen und Vandalismus an öffentlichem Eigentum in Neureut
hier: Anfrage von CDU-Ortschaftsrat Herbert Böllinger
schriftliche Vorlage Nr. 51/2017**

Zu einer Anfrage von **CDU-Ortschaftsrat Herbert Böllinger** vom 11.05.2017 hinsichtlich Sachbeschädigungen und Vandalismus an öffentlichen Einrichtungen in Neureut hat die Ortsverwaltung schriftlich Stellung genommen.

In seiner Anfrage weist der CDU-Politiker darauf hin, dass beim Bericht über die Sicherheitslage 2015 in Neureut in der Sitzung des Ortschaftsrates im April 2016 festgestellt wurde, dass verschiedene Fälle von Vandalismus und Sachbeschädigungen an öffentlichen Einrichtungen nicht zur Anzeige gekommen waren. Daher seien sie nicht in der Statistik erschienen. Seinerzeit hatte die Ortsverwaltung zugesichert, künftig solche Fälle zur Anzeige zu bringen.

Nun wollte Ortschaftsrat Herbert Böllinger wissen, ob es im zurückliegenden Jahr in Neureut solche Fälle gab und worum es sich dabei handelte.

Hierzu listet die Ortsverwaltung in ihrer Stellungnahme elf Fälle auf. Es handelt sich dabei in acht Fällen um Sachbeschädigung durch Graffiti/Farbschmierereien, die vornehmlich im Bereich des Schulzentrums sowie am Schaukasten im Bereich der Haltestelle Bärenweg und am Jugendtreff ausgeführt worden sind. Zudem sei eine Parkbank im Bereich des Heidesees entwendet worden. Eine weitere Bank wurde demoliert im Bereich Am Alten Bahnhof sowie ein Hinweisschild aus einer Anlage entwendet.

Sämtliche Fälle sind beim Neureuter Polizeiposten zur Anzeige gegen Unbekannt gebracht worden.

Zu weiteren Fragen erläutert die Ortsverwaltung, dass gem. §163 der Strafprozessordnung nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen alle eingegangenen Anzeigen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe vorgelegt wurden. Die Verfahren sind daraufhin gegen Unbekannt eingestellt worden. Im Jahre 2017 konnten aufgrund der polizeilichen Ermittlungen 12 Sachbeschädigungen durch den Jugendsachbearbeiter des Polizeipostens Neureut aufgeklärt, und ein jugendlicher Täter zur Anzeige gebracht werden. Vereinbarung wurde, dass der Schädiger die Graffiti fachgerecht überstreicht und somit eine Schadenswiedergutmachung sowohl bei privaten Geschädigten als auch bei der Ortsverwaltung erfolgt ist bzw. noch erfolgen wird.

Ortschaftsrat Herbert Böllinger fordert, weiter beizubehalten, alle Formen von Vandalismus grundsätzlich zur Anzeige zu bringen. Denn auch wenn diese vorläufig

eingestellt werden, finden sie dennoch Eingang in die Statistik und werden berücksichtigt. Das habe möglicherweise auch Auswirkungen auf die personelle Ausstattung des Neureuter Polizeipostens bzw. des Polizeireviers Waldstadt.

Ergebnis:

Anfrage erledigt.

Zu Punkt 4 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung

3.1 Der Vorsitzende informiert:

- hinsichtlich der aktuellen Baustellensituation sei es auf der Umleitungsstrecke B 36 schwierig gewesen, diese durch die Neureuter Hauptstraße zu führen. Denn genau dann haben die Stadtwerke dort auch eine Baustelle aufgemacht. Durch Vermittlung der Ortsverwaltung sei diese entfernt worden, damit der Verkehr fließen konnte. Man sei froh, wenn am 12.11.2017 die Maßnahme an der B 36 abgeschlossen sein werde.
- Auf einen zurückliegenden Hinweis von **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider**, die Volkswohnung hinsichtlich der Aufstellung eines Weihnachtsbaumes am Buback-Platz anzufragen, sei diese von der Ortsverwaltung angeschrieben worden, bisher liege jedoch noch keine Antwort vor.

Zu Punkt 5 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

5.1 Ortschaftsrätin Brigitte Schmider wünscht am Waldrand in Kirchfeld Nord im Bereich von Cluster 1-5 weitere ein bis zwei Parkbänke aufzustellen, da dieser Bereich sehr stark frequentiert sei.

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

5.2 Ortschaftsrat Günther Groß gibt hinsichtlich der aktuellen Baustellensituation an der B 36 zu bedenken, da sich die Situation ohne die Nordspange noch schwieriger gestalten würde und der gesamte Verkehr dann durch Neureut fließen würde. Deshalb sei der Bau der Nordspange sehr gut gewesen.

- 5.3 Ortschaftsrätin Karin Heidke** regt an, da auch auf dem Wikinger-Spielplatz Bänke fehlen, Picknicktische wie im städtischen Zoo aufzustellen.

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

- 5.4 Ortschaftsrätin Martin Weinbrecht** informiert, dass im Gewerbegebiet Kirchfeld Nord zwei Parkbänke stehen. Sie sind eventuell vom Waldrand in Kirchfeld dorthin umgestellt worden.

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

- 5.5 Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt** dankt für die herbstliche Gestaltung des Kreisverkehrs an der Neureuter Querallee sowie des Leiterwägelchens an der Neureuter Hauptstraße. Gleichzeitig erinnert sie daran, dass die in der Vergangenheit angeforderte Verschönerung der Kirchfeldeingänge noch ausstehe.

Zudem sagt sie in diesem Zusammenhang Dank für das verstärkte Mähen der Ortsverwaltung bei den Ambrosienbeständen, die dezimiert werden konnten.

Auch die Volkswohnung habe nun hinter dem Sportfeld gemäht.

Bezüglich des Heidesees, wo bei einem Erddepot auch Ambrosienbestände gesichtet wurden, möchte sie wegen weiterer Ausbreitung wissen, wohin diese Erde verteilt wurde?

Antwort:

Überprüfung zugesagt.

- 5.6 Ortschaftsrätin Martin Weinbrecht** informiert, dass das Segel am Wikinger-Spielplatz kaputt sei.

Antwort:

Überprüfung zugesagt

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: